



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 10.07.2009

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	6/2009
Datum	Dienstag, den 7. Juli 2009
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	00:22 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Diethöfer
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Harald Hormel
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Robert Knickel
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Reholz
Frau Barbara Reichelt
Herr Horst Roepenack
Herr Johann Sattmann
Herr Tobias Schadeberg
Herr Volker Schadeberg
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Harald Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistratsmitglieder

Herr Günter Maibach

Herr Uwe Ringel

Frau Ingrid Cammerzell

Herr Edwin Jessl

Herr Manfred Lür

Herr Josef Pastor

Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Herr Jens Brede

Herr Holger Entzel

Herr Thomas Rollmann

Herr Björn Schutt

entschuldigt

Herr Hans-Peter Bach

Frau Christine Empter

Herr Gunter Hartung

Herr Francesco Piscitello

Herr Rolf Gemmecker

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2009
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	DS 95/2009	gem. Antrag der Fraktionen von FDP und BBB: Gegen Windkraftanlagen im Umfeld der Hohen Straße
7	DS 294/2008	Antrag der CDU-Fraktion: Machbarkeitsstudie ehemalige Mülldeponie
8	DS 182/2009	Antrag der CDU-Fraktion: Verlängerung des Bürgersteigs in der Falterstraße im Stadtteil Niederissigheim in Richtung Butterstadt
9	DS 126/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Kindertagesstätten
10	DS 187/2009	Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung einer zentralen Anmeldestelle für Bruchköbeler Kindertagesstätten
11	DS 192/2009	Antrag der BBB-Fraktion: Hessentag
12	DS 177/2008	Antrag der FDP-Fraktion: Schaffung eines Referats Wirtschafts-

TOP	DS-Nr.	Titel
		förderung
13	DS 183/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Biogasanlage
14	DS 191/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung der Mindestverordnung für Kindertagesstätten
15	DS 188/2009	Antrag der Fraktion B90/Grüne: ÖPNV
16	DS 181/2009	Protestbekundung / Resolution gegen den Finanzplan des Landes Hessen 2008 bis 2012 hier: Absenkung der Leistungen an Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro ab dem Jahr 2011
17	DS 198/2009	Kosten Sanierung Höhenstraße - hier Auftragsvergabe zur konkreten Planung/Kostenermittlung im Rahmen des Ist-Zustands

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

TOP 1	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2009
-------	---

Gegen die Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 02.06.2009 haben sich keine Einwände ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der Stadtverordnete Jesse mittlerweile Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, der Stadtverordnete Roepenack bleibe Stadtverordneter.

TOP 3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--

Zunächst berichtet der Bürgermeister vom Kassenabschluss für das Haushaltsjahr 2008, wobei die Informationen unter dem Vorbehalt der noch stattfindenden alljährlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises stehe.

Am 01.04.2008 habe er ein planerisches Defizit von – 3.469.923,-- € vorgefunden, in dem auch noch ein Soll- Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 in Höhe von –1.796.667,88 € enthalten war.

Nach den mittlerweile erfolgten Abschlussarbeiten für 2008 kann, isoliert gesehen, der Haushalt 2008 als ausgeglichen festgestellt werden und das „Altlasten“ Defizit aus dem Jahr 2005 konnte von –1.796.667,88 € auf –405.434,90 € reduziert werden. Das gute Abschlussergebnis resultiert aus Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer, der Gewerbesteuer und den Einsparungen im gesamten Haushaltsjahr 2008.

Das Abschlussergebnis im Einzelnen (Summe der bereinigten Soll-Einnahmen und –Ausgaben): Abschluss mit 38.349.000,48 € auf der Einnahmenseite und 38.754.435,38 € auf der Ausgabenseite.

Davon entfallen auf

den Verwaltungshaushalt Einnahme	35.207.559,25 €
den Verwaltungshaushalt Ausgabe	35.612.994,15 €;

den Vermögenshaushalt Einnahme	3.141.441,23 €
den Vermögenshaushalt Ausgabe	3.141.441,23 €

Den Bestand der allgemeinen Rücklage war im Haushaltsjahr 2008 unangetastet bei 98.360,21 € belassen. Der Schuldenstand am Ende des Jahres 2008 beträgt 23.103.691,79 €
Einen detaillierten Bericht mit entsprechender Stadtverordnetenvorlage wird nach der Prüfung durch das RPA im Herbst diesen Jahres versendet.

Der Bürgermeister bekundet seinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung für die erfolgreiche Umsetzung der Sparmaßnahmen.

Weiter berichtet er zum Halbjahr des Haushaltsjahr 2009 zu wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenentwicklungen. Die Ansätze des Teilergebnisplanes (Verwaltungshaushalt) bewegten sich bisher deutlich innerhalb des vorgegebenen Budgetrahmens, nicht zuletzt durch die immer noch gültige vorläufige Haushaltsführung. Eine zusätzliche Aufwandsbelastung könne sich zum Jahresende ergeben, da Rechnungen in diesem Jahr eingehen, deren Lieferung und Leistungen allerdings im Vorjahr erbracht wurden. Die Ansätze im Teilfinanzhaushalt (Vermögenshaushalt), also der Investitionsteil des Haushaltes, werde wegen des noch nicht genehmigten Haushalt 2009 mit „angezogener Handbremse“ gefahren. Bis Anfang Juni 2009 betrug die Summe der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 411.000 €. Die Kommunalaufsicht habe nach Durchsicht des Haushaltes 2009 bereits deutlich signalisiert, dass sie wegen der defizitären Haushaltsjahre, gemeint sind insbesondere die Haushaltsjahre 2009 bis 2012, keine ungebremste Netto-neuverschuldung mehr zulassen werde. Kreditaufnahmen der Folgejahre ab 2010 werden in der beschlossenen Investitionshöhe nicht genehmigt werden. Die geplanten Maßnahmen ab 2010 müssten neu überdacht werden. Grundsätzlich stellten Kreditaufnahmen für den kommunalen Haushalt eine subsidiäre Finanzierungsform dar. Die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen müsse die Stadt soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen und im Übrigen aus Steuern beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Kredite dürften nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre. Daher werde ein verbessertes Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt, die Verwaltung werde hierzu ihre „Vorschlagliste“ aus der Schublade holen und es müsse über einen gemeinsamen Weg intensiv diskutiert werden.

Auch im Hinblick auf die aktuelle globale Finanzkrise sei an vielen Positionen des Haushaltes mit weniger Einnahmen zu rechnen. In diesem Jahr sei noch kein Darlehen aufgenommen worden. Wenn überhaupt nötig werde dies am Jahresende erfolgen.

Der Schuldenstand der Stadt betrug am 01.01.2009 insgesamt 23.103.691,72 €, abgezogen Tilgungszahlungen bis zum 30.06.2009, hat die Stadt einen aktuellen Schuldenstand von 22.613.022,76 €. Die bis zum 30.06.2009 zu leistenden Zinsen betragen 466.535,14 €.

Weiter berichtet der Bürgermeister über die Umsetzung von über- und außerplanmäßigen Beschlüssen des Magistrats:

Es wurde eine außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 7.600 €. für die Installation und Anschaffung einer Multimediaanlage im großen Saal des Bürgerhauses Bruchköbel getätigt. Es sei die Möglichkeit der Bild und Tonübertragung geschaffen worden, um bei den zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren die im Bürgerhaus Bruchköbel äußerst erfolgreich durchgeführt werden, die fehlenden technischen Voraussetzungen zu bieten.

Weiterhin wurde eine außerplanmäßigen Ausgabe für die Erstellung eines Teilklimakonzeptes in Höhe von 26.564 €. getätigt. Ziel ist es hier, im Gebäudesektor (55 Städtische Liegenschaften) eine Prioritätenliste für den zukünftigen Umgang, im energetischen Sinne, für die Liegenschaften zu entwickeln und entsprechend umzusetzen.

TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen
-------	------------------------------

Der Stadtverordnete v.Wittich berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2009.

Der Stadtverordnete Wenzel berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 23.06.2009.

Für die SPD fragt der Stadtverordnete v.Wittich:

- Was hat der Bau -insbesondere die Gestaltung- des neuen Kreisels in der Bahnhofstraße gekostet?

Der Erste Stadtrat bekundet, dass die Kosten der Betonaufbauten rund EURO 17.500,- betragen haben, die Signale EURO 383,- und deren Transport EURO 400,-.

- Wie weit ist die Suche nach einem festen Band-Probenraum? Wurde mit allen Interessenten gesprochen?

Der Bürgermeister berichtet zum Sachstand. Ein Probespielen im Keller des Artrium habe schon stattgefunden, der Vermieter habe nichts dagegen, es müssten allerdings Schallschutzbaumaßnahmen stattfinden. Auf einen Aufruf in der Presse seien zwei, leider ungeeignete Raumangebote herausgekommen. Alle 170 Vereine wurden ebenfalls wegen Räumlichkeiten angeschrieben, hier haben sich bisher drei Vereine gemeldet. Ende Juli sollen die interessierten Bands sowie Gewerbetreibende zu einem weiteren Gespräch gebeten werden.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Rabold:

- Biogasanlage

Welche Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange sowie von Bürgerinnen und Bürgern im Bebauungsplanverfahren für eine Biogasanlage in der Gemarkung von Roßdorf sind fristgerecht eingegangen? Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerinnen und Bürger mögen den Fraktionsvorsitzenden in Kopie vorgelegt werden.

Der Erste Stadtrat bekundet, dass wie vorhin berichtet mehr als 60 Beteiligte Einwendungen eingereicht hätten. Davon seien 12 Träger öffentlicher Belange mit Anregungen und 11 TÖB ohne Anregungen gewesen. Insgesamt hätten 48 Bürger Stellungnahmen eingebracht. Eine konkrete Einsichtnahme sei im Aufstellungsverfahren nach dem BauGB nur für Beteiligte vorgesehen. Auch eine entsprechende Anfrage eines FDP-Stadtrats sei abschlägig beschieden worden. Sämtliche Inhalte kommen im Rahmen des Abwägungsbeschlusses auf den Tisch.

Der Stadtverordnete Rabold kommt auf Presseberichte zu sprechen, die augenscheinlich nahe legten, dass einzelnen Fraktionen Informationen aus dem Beteiligungsverfahren zur Verfügung standen. Die Stadtverordnetenversammlung habe eine allgemeine Kontrollfunktion über die laufende Verwaltung, auch über Planungsverfahren. Die übrigen Fraktionen sollten also auch über die Informationen verfügen können. Der Erste Stadtrat bekundet, dass alles im Rahmen der Abwägung vorgelegt werde, auch sei nur ein Teil der Einwendungen im Rathaus selbst eingegangen, während einzig dem Planungsbüro Fischer als koordinierendes Büro sämtliche Unterlagen vorliegen. Der Stadtverordnete Keim bekundet zum Ganzen, dass der CDU-Fraktion keine weitergehenden Informationen vorlagen außer die, die sowieso aus den Planunterlagen bzw. aus dem Internet verfügbar waren.

- Kita-Streik

Hat die Stadtverwaltung die streikbedingten Arbeitsstundenausfälle in den städtischen Kindertagesstätten bezahlt oder ist die Nichterfüllung der Arbeit aus den vorhandenen Streikkassen der Gewerkschaft bezahlt worden?

Wie viele Arbeitsstunden sind von Erzieherinnen streikbedingt nicht geleistet worden? Hat es streikbedingte Engpässe in der Betreuung der Kindertagesstättenkinder gegeben und wie wurde durch den Magistrat reagiert?

Der Bürgermeister bekundet, dass Teilnehmer am Streik ein entsprechender Anteil am Lohn einbehalten worden sei. Insgesamt seien 5.858h während der Streikaktionen nicht abgeleistet worden. In jeweils 2-3 Kitas seien 6 Notgruppen eingerichtet gewesen, am letzten Streiktag waren in 7 Kindertagesstätten Notgruppen eingerichtet.

- Schließung Post-/Paketdienst Oberissigheim

Ist dem Magistrat bekannt, dass der Päckchen- und Paketdienstservice der Post im Stadtteil Oberissigheim zum 30. Oktober 2009 eingestellt werden wird? Wenn ja, was hat die Rathauspitze bisher veranlasst, um den Wegfall dieses Leistungsangebotes im Interesse der Oberissigheimer Bevölkerung zu verhindern?

Der Bürgermeister bekundet, dass ihm der Umstand nicht bekannt gewesen sei. Er wundere sich gleichwohl, dass der Stadtverordnete Haas als Betroffener nicht früher mit ihm das Gespräch gesucht habe, zudem er sowieso detaillierter informiert sein müsste.

Der Stadtverordnete Haas teilt mit, dass ihn die Entscheidung der Post unvermittelt getroffen habe, außerdem habe ihm die Koordinierungsstelle der Post mitgeteilt, dass in solchen Fällen standardmäßig die Kommunalverwaltung informiert werde. Der Bürgermeister bekundet, dass keine solche Information vorliege. Der Stadtverordnete Rabold geht davon aus, dass die Sache noch in der Schwebe ist und bittet um konkrete Sachaufklärung sowie Information der Stadtverordnetenversammlung in dieser Sache.

- Kassenlage / Jahresabschluss 2008

1. Die Fraktion des BBB fragt an, ob für 2008 ein konkretes und kassenwirksames Defizit von 3,8 Millionen Euro entstanden ist - hiervon war der BBB- Fraktion bisher nichts bekannt. Im Nachtragshaushalt 2008 stand lediglich ein planerisches Defizit von 3,46 Millionen Euro. Woher kommt die zusätzliche Differenz von behaupteten 350.000.- Euro ?

2. Mit welchen Finanzmitteln soll dieses angebliche Defizit abgebaut worden sein ? Der Bürgermeister hat bisher der Stadtverordnetenversammlung betreffend das Haushaltsjahr 2008 weder über besondere Mittelzuflüsse, noch sonstige konkrete Mehreinnahmen, noch über konkrete Einsparungen der Verwaltung berichtet. Immerhin ist ja auch ein Altdefizit aus dem Jahr 2005 mit ca. 1,6 Millionen Euro in dem planerischen Defizit von 3,46 Millionen Euro 2008 enthalten. Ist dieses Altdefizit wirklich abgebaut worden? (Das Altdefizit von 1,6 Millionen Euro musste im Haushalt 2008 zwar dargestellt werden, wurde aber 2005 und eben nicht im laufenden Jahr 2008 kassenwirksam, erscheint also beim Jahresabschluss 2008 gar nicht). Demgegenüber hatte aber der Bürgermeister laut Hanauer Anzeiger vom 12.06.2008 sogar noch behauptet, zur Schließung von ihm angeblich entdeckter weiterer Defizite müsse ein Darlehen über 3 Millionen Euro zusätzlich aufgenommen werden. Das ist aber dann doch nicht geschehen, da Darlehen im Frühjahr 2008 damals nur für die regulären und geplanten Investitionen aufgenommen wurden. Den angekündigten Nachtragshaushalt gab es auch nicht.

3. Gab es 2008 ein zusätzliches Defizit von 3 Millionen Euro ? Wenn ja, wie wollen Bürgermeister und Verwaltung 2008 diese Defizite von dann addiert fast 65 Millionen Euro abgebaut haben?

Der Bürgermeister verweist auf seinen Bericht am heutigen Abend.

- Kreisverkehr Bahnhofstraße

Wie teuer kommt die Verschönerung des Kreisverkehrs? Warum ist diese überhaupt nicht eilbedürftige Maßnahme nicht bei den Beratungen zum Haushalt 2009 regulär behandelt worden? Woher kommt das Geld für die Verschönerung? Gibt es ein Konzept für die Gestaltung der Kreisverkehrsplätze in der Stadt? Wurde die Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing an der Planung dieses Kreisverkehrsplatzes beteiligt?

Es wird gefragt, ob die Kosten für den Aufbau im Kreisverkehr Bahnhofstraße im Haushalt 2009 abgebildet waren.

Der Erste Stadtrat bekundet, dass die Anfrage zwar nicht vorliege, jedenfalls die Mittel für eine Gestaltung der Mittelinsel des Kreisverkehrs im Haushalt 2009 eingestellt waren.

Für die FDP-Fraktion fragt der Stadtverordnete Jesse.

- Es werden derzeit im Namen der Stadt Bruchköbel Pläne für eine Umgestaltung und Erweiterung der Sportplatzanlage am Kinzigheimer Weg erstellt. Nach den uns vorliegenden Informationen wurden umfangreiche Vermessungsmaßnahmen vorgenommen und Pläne angefertigt in denen die Veränderung der Handball- und Tennisplätze und Neuerstellung von Fußball-

Trainingsplätzen eingearbeitet wurden. Auf wessen Veranlassung wurden diese Arbeiten ausgeführt? Was wird da geplant und wer kommt für die Kosten auf?

Der Bürgermeister bekundet, dass es sich um Planungen des Tennisclub Bruchköbel handle. Der Stadtverordnete Jesse bemerkt hierauf, dass Planzeichnungen mit „Magistrat der Stadt Bruchköbel“ gekennzeichnet seien. Der Bürgermeister bekundet nochmals, dass es sich um eine reine Privatangelegenheit des TCB handle, eine planerische Beteiligung der Stadt habe es bisher nicht gegeben. Auf Rückfrage antwortet er, dass Vermessungsarbeiten nicht durch die Stadt beauftragt seien.

- Am vergangenen Freitag 03.07. wurde wieder einmal von Anwohnern festgestellt, dass öffentlich, minderjährige Jugendliche alkoholische Getränke (u. a. hochprozentige Alkoholika) zu sich nahmen und sich teilweise diese Getränke im Supermarkt am Inneren Ring besorgten. Inwieweit wird von den Ordnungsbehörden versucht diese Vorkommnisse zu unterbinden?

Die Fläche auf dem Parkplatz vor und hinter dem Supermarkt war am Samstagvormittag mit Glasscherben übersät. Warum können die Veranstalter von Innenstadtfesten nicht dafür Sorge tragen, dass diese Verunreinigungen im öffentlichen Raum (die auch eine Gefährdung darstellen) umgehend beseitigt werden?

Der Bürgermeister berichtet zum Festverlauf. Insbesondere seien auch zivile und uniformierte Polizeikräfte vor Ort gewesen, diese hätten offenbar keinen Einlass zum Einschreiten gesehen. So sei der Kauf und dann auch der Genuss von Alkoholika wie Bier bereits 16jährigen gestattet, volljährige dürften dann auch hochprozentiges erwerben und konsumieren. Soweit Namen bekannt wären, könnten noch Ordnungswidrigkeitenverfahren durchgeführt werden. Auch hätten die Bürger ad hoc die Polizei informieren können, es seien ja Kräfte vor Ort gewesen. Am Samstag habe ein städtischer Mitarbeiter des Bauhofes die Verunreinigung mit Scherben beseitigt. Solche Verunreinigungen seien gerade nicht unmittelbar auf Feste zurückzuführen, da diese unabhängig von Festen mehr oder weniger regelmäßig auftreten.

Vor Aufruf des TOP 6 verlässt der Stadtverordnete Keim im Sinne des § 25 II HGO den Sitzungssaal, es sind 32 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

TOP 6	DS 95/2009	gem. Antrag der Fraktionen von FDP und BBB: Gegen Windkraftanlagen im Umfeld der Hohen Straße
-------	------------	---

An der Aussprache beteiligen sich zunächst der Stadtverordnete Rabold, der den Änderungsantrag aus der Sitzung vom 21.04.2009 formell wieder aufgreift und einbringt, der Bürgermeister, die Stadtverordneten Hormel, der zur Geschäftsordnung eine absatzweise Abstimmung beantragt, v.Wittich, Roepenack und Wenzel.

Im Wesentlichen wird die inhaltliche Diskussion aus vergangenen Stadtverordnetenversammlungen bzw. Präsidiumssitzungen wiederholt, d.h. also über die etwaige Rechtswidrigkeit des Ursprungsbeschlusses und auch des Änderungsantrags der BBB-Fraktion. Auch wird über das Ob und Wie einer teilweisen Beanstandung, dann über das Ob und Wie einer absatzweisen Abstimmung beraten.

Beschluss zur absatzweisen Abstimmung: bei 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung wird von 21:05 Uhr bis 21:15 Uhr unterbrochen, der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Hormel, Rabold und Jesse, der Bürgermeister und der Stadtverordnete v.Wittich.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt den gesamten Ursprungsantrag, d.h. inklusive des nicht widersprochenen Teils abstimmen.

Beschluss: bei 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Damit ist der Änderungsantrag gegenstandslos.

Der Stadtverordnete Keim wird in den Sitzungssaal zurückgebeten, damit sind 33 Stadtverordnete anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt ihm das Ergebnis bekannt.

TOP 7	DS 294/2008	Antrag der CDU-Fraktion: Machbarkeitsstudie ehemalige Mülldeponie
-------	-------------	---

Es wird aus dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr berichtet, dass diese Vorlage im Sinne einer konkreten Verpachtung des Deponiegeländes an einen Investor fortgeschrieben wird, der Stadtverordnete Keim unterstützt diese Entwicklung ausdrücklich.

Abstimmung: bei 30 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen

TOP 8	DS 182/2009	Antrag der CDU-Fraktion: Verlängerung des Bürgersteigs in der Falterstraße im Stadtteil Niederissigheim in Richtung Butterstadt
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete Hormel spricht im Sinne des Antrags. An der Aussprache beteiligen sich zunächst der Erste Stadtrat, die Stadtverordneten Jesse und v. Wittich.

Im Wesentlichen wird argumentiert, dass eine kleine Lösung an der K856 die bereits vor Jahren beantragt große Lösung, nämlich den Radweg Niederissigheim – Butterstadt, faktisch gefährden könnte, insbesondere unter dem Aspekt, dass mit einer zeitnahen Genehmigung zu rechnen sei. Andererseits wird argumentiert, die vorgeschlagene kleine Lösung könne noch im Haushalt 2010 eingeplant werden und auch 2010 fertig gestellt werden, außerdem sei die im Genehmigungsverfahren befindliche große Lösung gar nicht betroffen.

Der Stadtverordnete v.Wittich beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr, der Stadtverordnete Rabold spricht gegen die Verweisung.

Beschluss zum Verweisungsantrag: bei 9 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung wird von 21:38 Uhr bis 21:43 Uhr unterbrochen. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Wenzel, v.Wittich, Hormel und Jesse. Der Stadtverordnete Wenzel stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Die Planung steht unter der Voraussetzung, dass die Radwegeverbindung Niederissigheim – Butterstadt bis Ende 1010 nicht ausgeführt ist.“

Beschluss zum Ergänzungsantrag: bei 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zum Ursprungsantrag: bei 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel wird beauftragt, im Stadtteil Niederissigheim in der Falterstraße die Verlängerung des Bürgersteigs in Richtung Butterstadt auf der rechten Seite zu prüfen und möglichst zeitnah umzusetzen. Die Verlängerung soll die sichere Erreichbarkeit des landwirtschaftlichen Wegs gewährleisten, der als Zugang zum Gelände des Obst- und Gartenbauvereins genutzt wird und der die Rad- und Fußwegverbindung nach Butterstadt abseits der Landstraße darstellt. Die vorbereitenden Maßnahmen sind so durchzuführen, dass nach Sicher-

stellung der Finanzierung über den Haushalt 2010 der Stadt Bruchköbel unverzüglich der Beginn der Baumaßnahmen erfolgen kann.

TOP 9	DS 126/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Kindertagesstätten
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete v.Wittich spricht im Sinne des Antrags.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt einen "Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Kindertagesstätten" für die nächsten fünf Jahre zu erstellen.

TOP 10	DS 187/2009	Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung einer zentralen Anmeldestelle für Bruchköbeler Kindertagesstätten
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Gustke spricht im Sinne des Antrags. An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Lauterbach, v.Wittich, Jesse und Bürgstein.

Im Wesentlichen wird einerseits argumentiert, dass die Kitas vor Ort von Arbeit entlastet und zentral Doppelanmeldungen vermieden werden können. Andererseits wird bekundet, dass die Kitas von den Anmeldenden sowieso vor Ort besucht und das Gespräch mit den Leiterinnen gesucht werde, außerdem müssten Doppelanmeldungen bei den ev. Kitas immer noch mittels einer Konferenz ausgeforscht werden, eine Verbesserung trete faktisch also nicht ein.

Abstimmung: bei 12 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

TOP 11	DS 192/2009	Antrag der BBB-Fraktion: Hessentag
--------	-------------	------------------------------------

Der Stadtverordnete Rechholz spricht im Sinne des Antrags und zitiert Pressemeldungen. Er hofft, dass hier mindestens gleich gute Ergebnisse erzielt werden könnten.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Keim, v.Wittich, Rechholz, Wenzel und Jesse.

Im Wesentlichen wird mit dem zu erwartenden Defizit zu Lasten des Stadtsäckels argumentiert, schließlich werden für Langenselbold derzeit rund 3 - 4 Mio. EURO Defizit kalkuliert. Ausserdem müsse für ein solches Projekt massive Einigkeit in der Politik herrschen und ein entsprechender Masterplan müsse über Jahre der Vorbereitung umgesetzt werden. Das alles sei hier nicht zu erwarten. Andererseits wird argumentiert, dass sämtliche Argumente zusammengetragen und in den Gremien bewertet werden müssten, erst dann könne eine qualifizierte Entscheidung getroffen werden.

Abstimmung: bei 12 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

TOP 12	DS 177/2008	Antrag der FDP-Fraktion: Schaffung eines Referats Wirtschaftsförderung
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Roepenack spricht im Sinne des Antrags, die Wirtschaftsförderung sei vom Stadtmarketing personell und inhaltlich zu trennen.

Abstimmung: bei 3 Ja-Stimmen und **30 Nein-Stimmen** mehrheitlich abgelehnt

TOP 13	DS 183/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Biogasanlage
--------	-------------	---------------------------------------

Der Stadtverordnete Roepenack spricht im Sinne des Antrags.

Der Stadtverordnete Rabold trägt folgenden Ergänzungsantrag vor:

„Der Aufstellungsbeschluss vom 21. April 2009 (Top 13 der Stadtverordnetensitzung) zur geplanten Biogasanlage am Standort Rossdorf wird aufgehoben.“

Der Stadtverordnete Keim trägt folgenden Änderungsantrag vor:

„Die DS 89 / 2009 (Titel: Bebauungsplan „Biogasanlage Roßdorf“ Aufstellungsbeschluss und Kostenübernahmevertrag) mit den Beschlussvorschlägen:

1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und
2. Kostenübernahmevertrag, Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

wird im Ausschuss Bau, Umwelt und Verkehr abschließend mit dem Ziel beraten respektive beendet, dass der vorgesehene Bau einer Biogasanlage (Details siehe oben aufgeführte DS 89 / 2009) nicht möglich ist. Alle formaljuristischen Schritte sind einzuhalten Nach Bekanntwerden von seinerzeit (beim Aufstellungsbeschluss) noch nicht bekannter Fakten, und den im Zuge des Beteiligungsverfahrens im Internet bereit gestellten Informationen des Planungsbüros, den einigen Stadtverordneten überbrachten Einsprüchen und Bedenken der Bürger/Innen, wird durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel, heute bereits der politische Wille bekundet, dass die Biogasanlage Roßdorf (Projektbezeichnung in der DS 89 /2009 enthalten) nicht gebaut werden kann.“

An der Aussprache beteiligen sich zunächst der Erste Stadtrat, die Stadtverordneten Jesse, v.Wittich und Wenzel.

Die Sitzung wird von 23:10 Uhr bis 23:25 Uhr unterbrochen. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete Jesse trägt einen Kompromissvorschlag vor: Ziffer 1 des Ursprungsantrags der FDP-Fraktion bleibt bestehen, die Ziffern 2 und 3 entfallen. Die Ergänzung durch die BBB-Fraktion bleibt bestehen und ergänzt wird weiter folgender Passus: „Alle formaljuristischen Schritte sind einzuhalten. Im Rahmen der Offenlegung des regionalen Flächennutzungsplans ist das Sondergebiet Biogasanlage in Rossdorf zu streichen.“

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Wenzel, v.Wittich und Rabold.

Im Wesentlichen wird einerseits bekundet, dass die Anlage in dieser Größe u.a. wegen der Verkehrsproblematik bereits nicht genehmigungsfähig sei und daher das Verfahren sofort beendet werden müsse. Andererseits wird argumentiert, dass hier subjektiven anstatt objektiven Aspekten Vorrang gewährt werde, so könne aber kein Verfahren durchgeführt werden. Eine weitere Ansicht bedauert allgemein, dass das Verfahren nunmehr nicht zu Ende geführt werde, um sämtliche Argumente am Schluss abwägen zu können.

Abstimmung: bei 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen in der Fassung des Kompromissvorschlags beschlossen.

Beschluss:

Die Stadtverordneten der Stadt Bruchköbel befürworten nachdrücklich die konsequente Nutzung von Biogas als eine Möglichkeit der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien.

Der Aufstellungsbeschluss vom 21. April 2009 (Top 13 der Stadtverordnetensitzung) zur geplanten Biogasanlage am Standort Rossdorf wird aufgehoben.

Alle formaljuristischen Schritte sind einzuhalten. Im Rahmen der Offenlegung des regionalen Flächennutzungsplans ist das Sondergebiet Biogasanlage in Rossdorf zu streichen.

TOP 14	DS 191/2009	Antrag der FDP-Fraktion: Umsetzung der Mindestverordnung für Kindertagesstätten
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Jesse spricht im Sinne des Antrags.

Die Stadtverordnete Lauterbach sieht weiteren, detaillierten Diskussionsbedarf insbesondere weil Teile der Forderung bereits in den Kitas umgesetzt seien und beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Stadtverordnete Gustke spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 15	DS 188/2009	Antrag der Fraktion B90/Grüne: ÖPNV
--------	-------------	-------------------------------------

Der Stadtverordnete Wenzel spricht im Sinne des Antrags.

Der Stadtverordnete Rechholz spricht gegen den Antrag. Er kritisiert, dass erst kürzlich ähnliche Ansinnen des BBB von den jetzigen Antragstellern abgewehrt worden seien, heute würden sie selbst in die Diskussion gebracht. Er stellt Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss sowie in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Keim spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zu den Verweisungsanträgen: es werden gezählt 15 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Dagegen erhebt sich Widerspruch aus dem Hause, es seien zwei Enthaltungen wahrgenommen worden. Die Abstimmung wird wiederholt.

Abstimmung zu den Verweisungsanträgen: bei 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

[Die Bandaufzeichnung wird auf einem zweiten Band fortgesetzt.]

An der weiteren Aussprachen beteiligen sich der Erste Stadtrat, die Stadtverordneten v.Wittich, Jesse und Wenzel.

Im Wesentlichen wird einerseits klargestellt, dass der Antrag perspektivisch zu sehen sei, also erst für den Fahrplanwechsel 2010/2011. Andererseits wird kritisiert, dass hier selbstverständliche Prüfaufgaben im Rahmen der laufenden Verwaltung öffentlichkeitswirksam und also unnötigerweise in die Stadtverordnetenversammlung getragen werden.

Abstimmung: bei 4 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

TOP 16	DS 181/2009	Protestbekundung / Resolution gegen den Finanzplan des Landes Hessen 2008 bis 2012 hier: Absenkung der Leistungen an Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro ab dem Jahr 2011
--------	-------------	--

Der Bürgermeister spricht im Sinne des Antrags, aus technischen Gründen sei eine frühere Beteiligung der Gremien nicht möglich gewesen, die Zeit habe gedrängt.

Der Stadtverordnete Rabold kritisiert den Antrag, eine quasi CDU interne Streitigkeit von Bund und Land noch auf die Kommunen auszudehnen sei nicht in Ordnung. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Keim und Jesse, der Bürgermeister und der Stadtverordnete v.Wittich. Im Wesentlichen wird das Spannungsfeld von geringer werdenden Einnahmen einerseits und konkretem Sparen andererseits ausgeleuchtet.

Abstimmung: bei 29 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat billigt die durch Bürgermeister Günter Maibach bereits unterschriebene und als Anlage beigefügte Protestbekundung und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls eine Billigung zu beschließen.

TOP 17	DS 198/2009	Kosten Sanierung Höhenstraße - hier Auftragsvergabe zur konkreten Planung/Kostenermittlung im Rahmen des Ist-Zustands
--------	-------------	---

Der Erste Stadtrat erläutert die Vorlage, die sich aus der Magistratsdiskussion zu den diesbezüglichen Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 23.06.2009 ergeben habe, insbesondere aus dem Missverhältnis von Kosten und Nutzen. Das Büro Sehring habe mittlerweile ein Angebot zur Kostenabschätzung vorgelegt. Die eigentliche Leistung komme auf EURO 4.898,-, weitere notwendige Kosten eines Tragwerkplaners auf rund EURO 3000,-, also insgesamt rund EURO 8.000,-.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Keim, Wenzel und v. Wittich mit dem wesentlichen Ergebnis, dass die Kosten-/Nutzenrelation nicht stimmig sei insbesondere unter dem Aspekt, dass eine reine Sanierungsmaßnahme auf keinen Fall förderfähig sei.

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt eine Auftragserteilung zur Kostenabschätzung im Rahmen einer Alternativplanung zur Sanierung der Höhenstraße mit der Ist-Trassierung, Stützmauer, Entwässerungsanlage und Fahrbahnerneuerung, aber ohne Veränderung der Anbindung an den Bahnhof ab.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung am 08.07.2009 um 00:22 Uhr

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher

(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer